



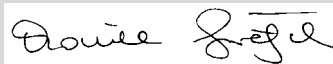
Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

vor Ihnen liegt der zweite „Monika Griefahn
MdB Newsletter“.

Ich wünsche wiederum eine spannende
Lektüre!

Ihre




In dieser Ausgabe

- > Goethe in Nordkorea S. 1
- > Neuer Bundesverkehrswegeplan auf der Zielgeraden S. 2
- > Die Harburger Lernwelten – Bildungsoffensive für Harburg Stadt und Land S. 3
- > Klasse 2 b der Alten Stadtschule Winsen ist Preisträger des Schülerwettbewerbs 2004 „Bio find ich Kuh-I“ S. 4
- > Monika Griefahn zu Besuch bei den NGG-Senioren S. 5
- > CDU-Landesregierung streicht Mittel gegen Rechtsextremismus und gefährdet Innere Sicherheit / Aktionskreis Gesicht zeigen! im Landkreis Harburg erhält keine Fördermittel mehr S. 5
- > Erfolgreiche Lärmsanierung an Schienenstrecke in Jesteburg S. 7
- > Monika Griefahns Sommertour 2004 steht bevor S. 9
- > Ausbildungspakt dank Ausbildungsumlage S. 9
- > Monika Griefahn fordert mehr Ausbildungsplätze S. 10
- > Daten und Fakten zur Ausbildungssituation S. 10
- > Politik im Internet: Aktuelle Link-Tipps S. 11
- > Aktuelle Termine S. 12

Goethe in Nordkorea

Goethe-Institut eröffnete am 2. Juni 2004 in Pjöngyang ein Informationszentrum

Monika Griefahn MdB nahm an der Eröffnung des Goethe-Informationszentrums in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngyang teil. Unter dem offiziellen Titel „Vermittlungsstelle für Deutsche Wissenschaftliche und Technische Literatur im Goethe-Informationszentrum Pjöngyang“ eröffneten die Präsidentin des Goethe-Instituts Jutta Limbach und Monika Griefahn am 02. Juni in der nordkoreanischen

Hauptstadt ein deutsches Informationszentrum. Der Delegation gehörten auch Vertreter der Frankfurter Buchmesse an, die Gespräche im Hinblick auf den Auftritt Koreas auf der Buchmesse 2005 führten. Monika Griefahn sagte dazu: „Es ist schon ein bewegendes Ereignis, denn die Demokratische Volksrepublik Korea hat zum ersten Mal ein Informationszentrum dieser Art geduldet. Ich danke allen Seiten für die

teilweise sehr komplizierte Vorbereitung und den unermüdlichen Einsatz, den dieses Vorhaben mit sich brachte. Es ist ein großer Erfolg für deutsche Auswärtige Kulturpolitik. Der Dialog der Kulturen und der Fokus auf den kulturellen Austausch finden hier ihren schönsten Ausdruck in einem Land, dessen Situation mehr als schwierig ist. Das dennoch auf koreanischer Seite ein großes Interesse besteht, die Kul-

turbeziehungen zu forcieren bzw. sie überhaupt zu begründen, finde ich ein bemerkenswertes Ereignis.“ Das im Chollima-Kulturhaus untergebrachte Informationszentrum ist der 56. Lesesaal, den das Goethe Institut weltweit eröffnet. Geplant wurde das Projekt zusammen mit der deutsch-koreanischen Freundschaftsgesellschaft.

Internet:
www.goethe-institut.de

Neuer Bundesverkehrswegeplan auf der Zielgeraden

Regionale Verkehrsinfrastruktur wird deutlich verbessert

Der neue Bundesverkehrswegeplan befindet sich auf der Zielgeraden. Mit dem Bundesverkehrswegeplan werden die Weichen für die zukünftige Verkehrspolitik gestellt. Am 16. Juni pas- sierten die Anträge der Koalition zum Fernstra- ßenausbaugesetz und zum Schienenwegeaus- baugesetz den Ver- kehrsausschuss des Deut- schen Bundestages. Beide Gesetze, das Fernstra- ßenausbaugesetz und das Schienenwegeausbaue- setz, werden in 2./3. Le- sung im Deutschen Bun- destag am 1. Juli 2004 be- raten werden. Das Schie- nenwegeausbaugesetz ist zustimmungspflichtig; es muss also noch durch den Bundesrat.

Monika Griefahn zeigte sich sehr zufrieden mit dem Fortgang der Bera- tungen: „Der neue Bun- desverkehrswegeplan bringt deutliche Verbes- erungen für die Ver- kehrsinfrastruktur in meinem Wahlkreis. Die Finanzierung der Ver- kehrswege erfolgt wie üb- lich aus Haushaltsmitteln des Bundes.“

Verkehrsprojekte im Landkreis Harburg

Konkret enthält der Bun- desverkehrswegeplan im Vordringlichen Bedarf nun die Weiterführung der A 26 bis Hamburg, die Ortsumgehung Neu Wulmstorf (=Anbindung der B 3 an die A 26), den sechsspurigen Ausbau der A 1 ab dem Autobahn- dreieck Buchholz bis Bre- men, sowie die Ortsum- gehung B 75 Dibber- sen/Buchholz.



Das schon im Anti-Stau- Programm enthaltene 3. Gleis zwischen Stelle und Lüneburg steht in keiner Form mehr zur Disposi- tion und wird sicher im neuen Bundesverkehrs- wegeplan enthalten sein. Man rechnet mit Projekt- kosten für das 3. Gleis in Höhe von 229,6 Millionen Euro.

Für ganz Niedersachsen wichtig ist der Bau der A 39 zwischen Lüneburg und Wolfsburg. Hier konnte im Zuge der Bera- tungen die gesamte A 39 in den Vordringlichen Be- darf heraufgestuft werden.

Zahlreiche weitere Ver- kehrsprojekte konnten darüber hinaus in den Weiteren Bedarf aufge- nommen werden wie z.B. die Ortsumgehung Elstorf.

In den Beratungen der SPD-Landesgruppe habe ich erreicht, dass die Ortsumgehung B 75 To- stedt / Wistedt, die ur- sprünglich überhaupt nicht für den Bundesver- kehrswegeplan vorgese- hen war, in den Weiteren Bedarf mit Planungsrecht aufgenommen werden konnte.

Der neue Bundesver- kehrswegeplan ist damit ein großer Schritt nach vorn für die Verkehrsinf- rastruktur im Landkreis Harburg.

In Richtung CDU führt Monika Griefahn aus: „Die CDU hat versucht, ein ganzes Paket an wei- teren Projekten in den Vordringlichen Bedarf aufzunehmen, ohne aber zu erläutern, wie diese finanziert werden können oder welche anderen Ver- kehrsprojekte stattdessen entfallen sollen. Diese Vorgehensweise ist unse- riös und populistisch.“

Verkehrsprojekte im Landkreis Soltau-Fallingb. b. S.

„Für den Landkreis Sol- tau-Fallingb. b. S. hat es keine Überraschungen gegeben. Im Zuge der Aufstellung des Bundes- verkehrswegeplanes hat- te ich Kontakt zu den Kommunen aufgenom- men und dabei erfahren, dass größtenteils Planun- gen für Ortsumgehungen noch nicht weit fortge- schritten sind. Einige frü- her ins Auge gefasste Trassen sind inzwischen anderer Nutzung zuge- führt worden, so dass völ- lig neu geplant werden muss, also eine Einstu- fung in den vordringli- chen Bedarf nicht als Prio- rität galt.“

Monika Griefahn ist zu- frieden, dass einige SFA- Projekte ihres Wahlkrei- ses in den weiteren Be- darf aufgenommen wer- den. Es handelt sich dabei um die Ortsumgehung Walsrode und die Orts- umgehung Rethem. Letzt- genannte ist mit dem Zu- satz „mit festgestelltem hohen ökologischen Risi- ko“ versehen worden. „Verkehrsprojekte, die in den Vordringlichen Be- darf eingestuft sind, ha- ben gute Chancen, bis

spätestens 2015 finanziert und verwirklicht zu wer- den. Bei Projekten des Weiteren Bedarfs ist die- ses nicht sichergestellt; sie haben jedoch eher als andere Projekte die Chan- ce, bei einer Fortschrei- bung des Bundesver- kehrswegeplans dann in den Vordringlichen Be- darf aufgenommen zu werden. Projekte mit Pla- nungsrecht können eher geplant werden und da- mit leichter von einer Fortschreibung des Bun- desverkehrswegeplans profitieren“, erläuterte die Bundestagsabgeordnete.

Dies gilt für den Auto- bahnabschnitt zwischen Soltau Ost und Walsrode der Autobahn 7. Dort ist der Ausbau von vier auf sechs Fahrstreifen als „weiterer Bedarf mit Pla- nungsrecht“ gekenn- zeichnet. Der Ausbau des Abschnitts der A 7 zwi- schen Walsrode und Hannover Nord von sechs auf acht Fahrstreifen ist in den Weiteren Bedarf aufgenommen worden.

„Das jetzt erzielte Erge- bnis der Beratungen im Verkehrsausschuss ist das Resultat konstruktiver Abwägungen der Prio- rität. Es gibt immer Projek- te, die vor Ort gewünscht werden, aber nicht die er- forderliche Punktezahl in der Bewertung erreichen.

Weitere Informationen als Pressemitteilung Nr. 34/2004 unter: www.monika-griefahn.de

Als Anlage der Presse- mitteilung ist dort eine Tabelle mit allen im Bun- desverkehrswegeplan ent- haltenen Verkehrsprojek- ten der Region erhältlich.

Die Harburger Lernwelten – Bildungsoffensive für Harburg Stadt und Land

2. Öffentliches Plenum im Harburger Rieckhof / Monika Griefahn hielt Grußwort

Die Harburger Lernwelten sind eine „Lernende Region“, das heißt ein Bildungsnetzwerk für Harburg Stadt und Land. Im Harburger Rieckhof fand jetzt das 2. Öffentliche Plenum der Harburger Lernwelten statt. Nachdem sich die Harburger Lernwelten seit einem Jahr in der Durchführungsphase befinden, wurden nun die ersten Ergebnisse der Projektarbeit öffentlich präsentiert. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn hielt ein Grußwort. Monika Griefahn: „Ich freue mich, dass die Arbeit der Harburger Lernwelten nun erste Früchte trägt. Mit seinen 32 Kooperationspartnern tragen die Harburger Lernwelten dazu bei, vorhandene Bildungsträger stärker zu vernetzen, das Aus- und Weiterbildungsangebot zu stärken und neue Akzente in der Bildungspolitik zu setzen. Ein wichtiges Teilprojekt ist z.B. die Qualifizierung von Berufsrückkehrerinnen für den Arbeitsmarkt.“ Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert in enger Absprache mit den Ländern gegenwärtig 73 Lernende Regionen im Rahmen dieses Programms. Bis 2006 stehen für das Programm bundesweit insgesamt voraussichtlich rund 118 Mio. EUR zur Verfügung. 51 Mio. EUR stammen dabei aus dem Europäischen Sozialfonds. Seit 2002 mit dabei sind auch die Harburger Lernwelten, wofür die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn sich bei der Bundesministerin für Wissenschaft

und Forschung, Edelgard Bulmahn, nachdrücklich eingesetzt hat. Die Durchführungsphase der Harburger Lernwelten läuft, nach einer vorherigen einjährigen Planungsphase, vom 1. April 2003 bis zum 31. März 2007 genehmigt. Die Harburger Lernwelten werden vom Bund und der Europäischen Union mit insgesamt rund 1,4 Millionen EUR gefördert.

Die Harburger Lernwelten arbeiten in fünf Teilprojekten und einer Arbeitsgruppe:

- Teilprojekt 1: Mehr Chancen für Hauptschüler - Schulnetzwerk für die Region, Teilprojektnehmerin: Kreisvolkshochschule im Landkreis Harburg

- Teilprojekt 2: Qualifizierung von Berufsrückkehrerinnen Teilprojektnehmerin: Bildungswerk ver.di in Niedersachsen e.V. in Kooperation mit der Akademie des Handwerks

- Teilprojekt 3: Bachelor und Master im Handwerk - Intergration Lernstarker durch Entwicklung praxisorientierter akademischer Bildungswege Teilprojektnehmerin: Handwerkskammer Hamburg in Kooperation mit der Handwerkskammer Lüneburg-Stade

- Teilprojekt 4: Potenziale nutzen durch interkulturelle Bildungsmodule Teilprojektnehmerin: Hamburger Volkshochschule



- Teilprojekt 5: Bildungsberatung Teilprojektnehmerin: Handwerkskammer Hamburg
- AG 06: Ermittlung des Qualifizierungs- und Beschäftigungsbedarfs von Unternehmen

Harburger LernWelten
Das Bildungsnetzwerk für Stadt + L.

Die vollständige Pressemitteilung Nr. 31 / 2004 ist abzurufen unter www.monika-griefahn.de. Dort findet sich auch das Grußwort von Monika Griefahn MdB zum 2. Öffentliches Plenum der Harburger Lernwelten, „Eine Bildungsoffensive für Harburg Stadt und Land“, gehalten im Kulturzentrum Rieckhof in Hamburg-Harburg am 9. Juni 2004.

Die Harburger Lernwelten im Internet www.halewe.de

Die Lernenden Regionen bundesweit im Internet <http://217.69.234.77/dlr/>



Klasse 2 b der Alten Stadtschule Winsen ist Preisträger des Schülerwettbewerbs 2004 „Bio find ich Kuh-I“

Monika Griefahn gratulierte den Preisträgern

3.500 Schüler haben sich am zweiten bundesweiten Wettbewerb 2004 „Bio find ich Kuh-I – Und ihr?!“ beteiligt, den das Bundesverbraucherministerium ausgeschrieben hatte. Zu den 10 Preisträgern in der Altersgruppe I (1. bis 2. Klasse) gehört auch der Beitrag von 4 Schülerinnen und Schülern der Klasse 2 b der Alten Stadtschule in Winsen (Luhe). Ausgezeichnet wurde ihr Plakat „Menschen wollen frei sein, Tiere auch“. Als Preis erhalten alle Schülerinnen und Schüler der Klasse T-Shirts. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn gratuliert den Schülerinnen und Schülern für Ihren Einsatz. Monika Griefahn: „Umwelt und Verbrau-

cherschutz gehören zusammen. Wenn Kinder den richtigen Umgang mit Lebensmitteln lernen, erleben sie nicht nur, dass Biowaren gut schmecken, sondern auch gut für das Klima, für das Wasser und für die Artenvielfalt sind.“ Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverbraucherministerium Matthias Berninger zeichnete am Montag, dem 7. Juni 2004, die drei besten Wettbewerbsbeiträge des bundesweiten Schülerwettbewerbs „Bio find ich Kuh-I – Und ihr?!“ mit dem „Öko-Oskar“ aus. Die Hauptpreisträger der Klassen 5 bis 10 (drei Schulklassen) gewinnen jeweils eine zweitägige Berlinreise. Eine fachkundige Bundesjury hat neben den Hauptpreisträ-

gern die zehn kreativsten und originellsten Arbeiten in vier Altersgruppen ausgewählt. Ausgezeichnet wurde dabei auch der erwähnte Beitrag von 4 Schülerinnen und Schülern der Klasse 2 b der Alten Stadtschule in Winsen (Luhe). Insgesamt haben 3.500 Schüler den Ökolandbau und den Weg der Bio-Lebensmittel vom Acker bis zum Teller unter die Lupe genommen und einzeln, in Gruppen oder mit der ganzen Klasse Wettbewerbsarbeiten erstellt. Die insgesamt 700 kreativen Beiträge begeistern, sie reichen von Öko-Songs über Plakate, Modelle, Spiele, Webseiten bis hin zu Videofilmen und Hörspielen.



Internetseite des Schülerwettbewerbs „Bio find ich Kuh-I“
www.bio-find-ich-kuhl.de

Das Bio-Siegel für Produkte des ökologischen Landbaus
www.bio-siegel.de

Ökolandbau – Das Informationsportal zum Ökolandbau für Verbraucher, Großverbraucher, Erzeuger, Verarbeiter und Händler, mit zusätzlichen speziellen Informationen für Kinder und Jugendliche
www.oekolandbau.de

Hintergrund: Bioprodukte und das Bio-Siegel

Es gibt viele gute Gründe, die für das Bio-Siegel sprechen. Wer Bio-Produkte kauft, setzt auf Klasse statt auf Masse. Gesunde Produkte umweltschonend zu erzeugen ist oberstes Ziel aller Bio-Landwirte. Doch „ungespritzt“ allein macht aus einer Möhre oder Kartoffel noch kein Bio-Gemüse. Verbraucherinnen und Verbraucher, die sich für Produkte mit dem Bio-Siegel entscheiden, erhalten nicht nur qualitativ hochwertige Produkte, die schmecken, sondern auch die Sicherheit, dass da, wo „Bio“ draufsteht, auch „Bio“ drin ist.



Das Bio-Siegel garantiert, dass die gekennzeichneten Produkte durch eine Landwirtschaft erzeugt werden, die

- ihren Pflanzenschutz auf vorbeugende Maßnahmen konzentriert
- auf mineralischen Stickstoffdünger verzichtet

- tiergerechte Haltung beinhaltet
- Boden, Wasser und Luft schützt
- hilft, die Artenvielfalt zu erhalten
- den Energieverbrauch vermindert und die Rohstoffreserven schont
- eine Kreislaufwirtschaft mit möglichst geschlossenen Nährstoffzyklen anstrebt
- Sicherheit durch Richtlinien und Kontrollen garantiert

- Transparenz bei der Erzeugung und Herstellung von Lebensmitteln bietet
- auf Gentechnik verzichtet



Das Bio-Siegel für Produkte des ökologischen Landbaus
www.bio-siegel.de

Monika Griefahn zu Besuch bei den NGG-Senioren

Die Seniorengruppe der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten im Landkreis Soltau-Fallingb. hatte die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn zu ihrer Monatsversammlung eingeladen, um mit ihr über die Umstrukturierungen im Bereich der sozialen Sicherung zu diskutieren. Im Vorfeld hatten sie sich mit einem Schreiben an die Abgeordnete gewandt und sich über die Auswirkungen der Reformen beklagt. Der Saal im Gasthaus Voltmer in Honerdingen war gut besetzt, als Horst Heller, der Vorsitzende der NGG-Seniorengruppe, noch einmal die hauptsächlichen Kritikpunkte hervorhob, besonders im Bereich der Rente. Monika Griefahn wies darauf hin, dass es immer weniger Kinder gibt und immer weniger Beitragszahler in die Sozialsysteme einzahlen. Auf der anderen Seite müssten immer mehr Menschen aus diesem

System finanziert werden. Hier sei die Zeit für Reformen gekommen, um entsprechende Vorsorge zum Erhalt der Sozialsysteme zu treffen. Bei den Altersrenten sei es so gewesen, dass das Bundesverfassungsgericht eine Gleichbehandlung bei der Besteuerung der Alters-einkünfte bei Beamten und Angestellten gefordert hatte. Sie wies auf den langen Übergangszeitraum bis zum Jahr 2040 hin, bis Renten in einer bestimmten Höhe schrittweise steuerpflichtig werden. Bestandsrenten und Neurenten des Jahres 2005 bleiben bis zu einem Betrag von 18.900 Euro pro Jahr bei Alleinstehenden und 37.800 Euro bei Verheirateten auch nach dem neuen Recht steuerfrei. Damit werden 75 % der Rentenbezieher auch nach dem neuen Recht nicht steuerbelastet. Die NGG-Senioren hatten befürchtet, ihre Rente ab sofort voll versteuern zu müssen, und

waren dankbar für die Informationen: „Warum hat es uns niemand vorher so genau erzählt?“ Monika Griefahn bat die Senioren, „auch wenn es

teilweise hart ist“, um Solidarität mit der jüngeren Generation. Einige Detailfragen, besonders zur Gesundheitsreform, nahm sie zur Klärung mit nach Berlin.



Die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn (rechts) informierte die NGG-Senioren über die Änderungen bei den Sozialsystemen. Neben ihr Horst Heller, der Vorsitzende der Seniorengruppe, sowie Ingrid Heller.

CDU-Landesregierung streicht Mittel gegen Rechtsextremismus und gefährdet Innere Sicherheit / Aktionskreis Gesicht zeigen! im Landkreis Harburg erhält keine Fördermittel mehr

Der „Aktionskreis Gesicht zeigen! im Lkr. Harburg“ erhält für 2004 keine Fördermittel mehr von der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung und kann deshalb seine Arbeit gegen Rechtsextremismus und Gewalt nur noch eingeschränkt fortsetzen. Über 70 Projektträger in Niedersachsen sind betroffen. Über die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (NLpB) wurden noch unter Ministerpräsident Sigmar Gabriel (SPD) erstmalig für 2001 im Landeshaushalt Mittel zur Förderung von

Initiativen zur Verfügung gestellt, „die sich gegen die Verletzung der Menschenwürde richten und der Aufklärung von Ursachen von Gewalt, der Entgegnung des Extremismus sowie der Prävention dienen“. An Mitteln wurden niedersachsenweit bereitgestellt 562.421 € für 2001, 682.000 € für 2002 und ebenfalls 682.000 € für 2003. Im Haushaltsentwurf 2004 waren zunächst noch 362.000 € für 2004 angesetzt. Bis Anfang Mai 2004 waren 72 Anträge für Projekte gegen Rechtsextremis-

mus bei der NLpB eingegangen mit einem Finanzvolumen von 210.000 €. Nun kam das Aus für die politische Bildung und die Initiativen: In 2004 stehen nach dem Willen der CDU-Landesregierung nur noch 43.000 € für 2 Projekte zur Verfügung. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn kommentiert die Politik der CDU-FDP-Landesregierung wie folgt: „Über die grundsätzliche Notwendigkeit, im Landeshaushalt zu sparen, kann es keinen Streit geben. Die CDU-

FDP-Landesregierung setzt jedoch die falschen Prioritäten. Es ist auch eine Frage der politischen Prioritätensetzung, ob die wichtige Arbeit von Kirchen, Vereinen und Verbänden gegen Gewalt und Rechtsextremismus fortgesetzt werden kann und ob die Politische Bildung in Niedersachsen kaputt gespart wird. Statt Jugendarbeit, Hausaufgabenhilfe, politische Bildung, Gewalt- und Kriminalprävention zu fördern, setzen CDU und FDP nur noch auf Polizei, Justiz und Verfassungsschutz. Die Arbeit von Polizei und

Verfassungsschutz ist sicherlich wichtig, es ist aber unsinnig, erst dann aktiv zu werden, wenn Jugendliche bereits kriminell und rechtsextrem geworden sind.“ Der niedersächsische Kultusminister Bernd Busemann schrieb an Monika Griefahn noch am 22. Januar 2004: „Die Sondermittel für Initiativen und Aktionen gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, die seinerzeit Ministerpräsident Gabriel bereit gestellt und später noch einmal erhöht hatte, wurden und werden von

der Landeszentrale für politische Bildung bewirtschaftet. Diese Mittel sind für das Haushaltsjahr 2004 halbiert worden. Dahinter steckt nicht finsterner politischer Wille, sondern schlicht und einfach die Tatsache, dass im Jahre 2003 die Zahl der Antragsteller zurückgegangen ist, dass der Eigenanteil der Antragsteller sich erhöht hat und dass die organisatorische und inhaltliche Beratung der Landeszentrale zu einem sinnvollerem Einsatz der Mittel geführt hat. Wir haben in 2003 mit geringeren Mitteln die glei-

che Anzahl von Projekten gefördert wie im Jahr zuvor. Mit der Entwicklung bin ich sehr zufrieden. [...] von einer gänzlichen Streichung der Mittel, wie Sie befürchten, kann keine Rede sein.“ Monika Griefahn: „Nur vier Monate später entpuppen sich die Aussagen von Kultusminister Busemann als glatte Lüge. Wenn der Haushaltsansatz von 682.000 € (2003) auf 43.000 € (2004) heruntergesetzt wird, kommt dies beinahe einer Streichung gleich.“ Die Vorsitzende des Kuratoriums der Landeszentrale für

politische Bildung, Frau Irmgard Vogelsang (MdB CDU), teilte Monika Griefahn auf Ihre Anfrage hin im Januar mit: „Die Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sind in der Tat reduziert worden, jedoch aus dem einfachen Grund, weil sie im vergangenen Jahr nur fast zur Hälfte abgerufen worden sind.“ Der FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Philipp Rösler MdB verweist nur lapidar auf die Notwendigkeit zum Sparen, ohne sich zur Sache zu äußern.

Monika Griefahn dazu: „Die Stellungnahmen von Herrn Kultusminister Bernd Busemann und Frau Irmgard Vogelsang sind an Dreistigkeit nicht zu überbieten. Was ist der wahre Grund, dass nur zwei Drittel der Mittel in 2003 abgerufen worden sind? – Zahlreiche Initiativen hätten die Mittel gerne in Anspruch genommen und haben rechtzeitig Anträge bei der Landeszentrale gestellt. Aufgrund des Regierungswechsels und einer Hinhaltetaktik von CDU und FDP wurden die Mittelzusagen immer weiter verzögert. Den endgültigen Zuwendungsbescheid erhielt z.B. der „Aktionskreis Gesicht zeigen! im Lkr. Harburg“ jedoch erst am 19. August 2003. Diese Gelder mussten dann schon bis zum 3. Dezember 2003 verwendet worden sein. Alle Maßnahmen, die vorher begonnen worden waren, konnten wegen „vorzeitigen Maßnahmenbeginns“ nicht mehr gefördert werden. Kostentensive Maßnahmen konnten gar nicht begonnen werden, weil vor dem 19. August keine Planungssicherheit gegeben war. Anträge auf vorzeiti-

gen Maßnahmenbeginn wurden von der Landeszentrale mit Verweis auf den Runderlass des Finanzministers abgelehnt. Die Vereine hatten also nur etwa 3 ½ Monate Zeit, Veranstaltungen zu planen und durchzuführen. Da wundert es dann schon nicht mehr, wenn nicht alles Geld bei den Initiativen ankam! Trotzdem sind 2003 rund 450.000 € von 682.000 € für die Bekämpfung des Rechtsextremismus verwandt worden. Gefördert wurden 2003 71 Theaterveranstaltungen, 71 Informationsveranstaltungen, 31 Trainingsmaßnahmen in Schule, 5 Ausstellungen und 3 internationale Begegnungen. Und nun werden die Mittel unverantwortlicherweise auf 43.000 € gekürzt. Neben dem Jugendcamp in Bergen Belsen und einer weiteren Initiative („Weiße Rose“) werden in ganz Niedersachsen keine weiteren Initiativen mehr gefördert. Das ist ein Skandal.“ Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Sigmar Gabriel, teilte Monika Griefahn dagegen mit: „Ich teile Ihre formulierten Sorgen und bestätige

die Befürchtungen, dass diese Kürzungen langfristig die Arbeit der Initiativen gegen Rechtsextremismus gefährden wird. Während der Haushaltsberatungen hat die SPD-Landtagsfraktion deswegen beantragt, diese Kürzungen wieder zurück zu nehmen. Leider aus Gründen der Mehrheitsverhältnisse ohne Erfolg.“ Sebastian Edathy, Sprecher der AG Rechtsextremismus der SPD-Bundestagsfraktion: „Der Rechtsextremismus ist weiterhin eine große Herausforderung für unsere Demokratie. Von den insgesamt 13.903 extremistischen Straftaten, die im Jahr 2003 erfasst wurden, sind allein 10.792 dem Rechtsextremismus zuzuordnen. Damit ist die Anzahl rechtsextremistischer Straftaten gegenüber 2002 (10.902) nur wenig gesunken. Leider ist auch die Zahl der in diesen Daten enthaltenen rechtsextremistischen Gewalttaten mit 759 gegenüber 2002 (772) kaum zurückgegangen. Besonders Anlass zur Sorge bietet in diesem Zusammenhang der Anstieg antisemitisch motivierter Gewalttaten, deren Zahl um sieben auf 35 gestie-

gen ist. Die Neonazi-Szene ist in Deutschland im letzten Jahr personell stark gewachsen. Die klare Konsequenz aus den aktuellen Zahlen: Staat und Zivilgesellschaft dürfen bei der Bekämpfung und Prävention von Rechtsextremismus nicht nachlassen.“ Monika Griefahn weiter: „Es ist nicht akzeptabel, dass sich das Land aus der Bekämpfung des Rechtsextremismus zurückzieht. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dagegen erreicht, dass im Jahr 2004 10 Millionen € für das Programm ‚entimon- gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus‘ und 9 Millionen € für das Programm ‚civitas – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern‘ zur Verfügung stehen. Außerdem hat die Bundesregierung im Jahr 2000 das Programm „XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt“ mit der Zielsetzung der Verknüpfung von Aktivitäten gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz und Maßnahmen gegen Ausgrenzung und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt sowie aus dem Bereich der schuli-

schen und beruflichen Bildung entwickelt. Für dieses Programm stellt die Bundesregierung auf Grund der großen Resonanz bis 2006 ca. 75 Mio. € aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung. Durch die Länder und Kommunen und/oder durch Eigen- und Drittmittel sind die Projekte und Initiativen entsprechend komplexer zu finanzieren. Mittlerweile haben 204 XENOS-Projekte mit ihrer Arbeit begonnen. Diese umfassen ein ESF-

Fördervolumen von ca. 65 Mio. €. Bis zum Jahresende sollen weitere 30 Projekte in die Förderung aufgenommen werden. Diese guten und sinnvollen Bundesprogramme vor allem des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend können aber leider nicht die jetzt beinahe eingestellte Förderung des Landes ersetzen.“



Weiterführende Links:

CIVITAS - initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern - Maßnahmen zur Stärkung der demokratischen Kultur und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus
www.jugendstiftung-civitas.org



ENTIMON - Gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus
 Programm fördert die Einübung in Toleranz und Gewalt zu bekämpfen
www.entimon.de



Erfolgreiche Lärmsanierung an Schienenstrecke in Jesteburg

Staatssekretärin Angelika Mertens und Monika Griefahn informierten bei einem Ortstermin in Jesteburg / Lärmsanierung kommt im Lkr. Harburg voran

Die Parlamentarische Staatssekretärin Angelika Mertens und die Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn haben jetzt bei einem Ortstermin in Jesteburg über den aktuellen Stand des Programms „Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes“ informiert und den Baufortschritt von Lärmschutzmaßnahmen in Jesteburg besichtigt. In Jesteburg laufen die Arbeiten für den Bau von insgesamt drei Schallschutzwänden entlang der Bahnstrecke Maschen-Buchholz derzeit auf Hochtouren. Die aus Leichtmetallelementen bestehenden Wände haben eine Gesamtlänge von 2.030 Meter und sind zur Gleisseite hin hoch absorbierend ausgebildet, um Schallreflexionen zu vermeiden. „Durch die Maßnahmen des Lärmsanierungsprogramms werden die Bewohner der betroffenen Häuser und Wohnungen, insbesondere in den unteren Stockwerken, erheblich vom Lärm der vorbeifahrenden Züge entlastet. Von der Wirkung der Schallschutzwände profitieren

aber auch die Anwohner weiter hinten liegender Wohnbereiche“, erläuterte Peter Winter, Gesamtprojektleiter Lärmsanierung bei der zuständigen DB ProjektBau GmbH in Köln. Projektleiter vor Ort in Jesteburg ist Herr Herbert Neumann von der DB ProjektBau. „Wir sind sehr zufrieden mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Bundesprogramm“, kommentierten Angelika Mertens und Monika Griefahn übereinstimmend die bisherige Bilanz des Programms. Monika Griefahn weiter: „Der Landkreis Harburg profitiert ganz besonders von dem Bundesprogramm ‚Lärmsanierung an bestehenden Schienenstrecken‘. In Jesteburg stehen die Lärmschutzwände bereits; in westlichen Teil von Stelle plant die DB ProjektBau dieses Jahr die Lärmsanierung, und in Buchholz werden die Planungen im nächsten Jahr aufgenommen. In Stelle erhalten sogar 2 Streckenabschnitte nachträglichen Lärmschutz (Hauptstrecke 1720 Hannover-Hamburg und Güterbahnstrecke 1280/1281

Buchholz – HH-Allermöhe). Es ist jeweils ein Planfeststellungsverfahren erforderlich, das etwa 12 – 18 Monate in Anspruch nimmt. Danach kann dann mit den ganz konkreten Lärmschutzmaßnahmen begonnen werden.“ „Von der Lärmsanierung zu unterscheiden ist die Lärmvorsorge bei einem Neubau oder wesentlichen Ausbau einer Strecke“, so Monika Griefahn weiter, „Beim Bau des 3. Gleises gelten entlang der Ausbaustrecke des 3. Gleises zwischen Stelle und Lüneburg, also im östlichen Teil von Stelle, in Ashausen und Winsen, dann die strengen Richtwerte der Lärmvorsorge. Auch hier wird es beim Bau des 3. Gleises umfangreiche Maßnahmen für passiven Lärmschutz geben. Auch wenn man nicht alle Wünsche erfüllen kann, hat es nie mehr Aktivitäten für besseren Lärmschutz gegeben als unter der SPD-geführten Bundesregierung.“ Angelika Mertens wies darauf hin, dass die Europäische Union an einer „Umgebungs-lärmrichtlinie“ arbeitet,

die für ca. 2010 erwartet wird und die dann die Lärmschutzvorschriften europaweit vereinheitlicht. Ziel muss es sein, so die Staatssekretärin, die Lärmwerte des Güterverkehrs auf der Schiene und den Straßen EU-weit und damit diskriminierungsfrei abzusenken. Gute Erfahrungen gebe es beim Güterverkehr auf der Schiene mit Güterzügen, die mit lärmarmen Kunststoffbremsen ausgestattet sind. Die Bundesregierung fördere den umweltfreundlichen Güterverkehr und den Wettbewerb auf der Schiene, so Angelika Mertens. Schon heute habe die Bahn rund 300 Kunden, die Schienenverkehre auf dem Schienennetz der Deutschen Bahn anbieten. Die kombinierten Verkehre (LKW / Bahn) laufen gut; Probleme bei grenzüberschreitenden Eisenbahnverkehren sollen reduziert werden. Die EU arbeite an einem Eisenbahnpaket 1 und 2.



Das erste Foto in Jesteburg zeigt (vordere Reihe, v.l.n.r.): Peter Winter (Gesamtprojektleiter Lärmsanierung DB Projektbau GmbH), Monika Griefahn (SPD-Bundestagsabgeordnete), Angelika Mertens (Parlamentarische

Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium und MdB), Silva Seeler (SPD-Landtagsabgeordnete), Norbert Stein (Bürgermeister Buchholz) und Dr. Annette Manger-Scheller (Samtgemeindebürgermeisterin Jesteburg) sowie (hintere Reihe, v.l.n.r.): Karl-Heinz John (Bundesverkehrsministerium), Udo Heitmann (Bürgermeister Jesteburg), Siegfried Ziegert (Stv. SPD-Ortsvereinsvorsitzender Jesteburg), Prof.

Dr. Jens-Rainer Ahrens (Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion) und Joachim Bordt (Erster Kreisrat Landkreis Harburg).



Das zweite Foto zeigt (v.l.n.r.): Herbert Neumann und Peter Winkler (beide DB Projektbau GmbH), Siegfried Ziegert, Prof. Dr. Jens-Rainer Ahrens, Monika Griefahn MdB, die Parlamentarische Staatssekretärin Angelika Mertens MdB, Silva Seeler MdL und Udo Heitmann.

Hintergrundinformationen zum Bundesprogramm „Lärmsanierung an bestehenden Eisenbahnstrecken“ und zum Stand der Umsetzung in Niedersachsen

Seit 1999 stellt die Bundesregierung für die Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes jährlich Mittel in Höhe von 51 Millionen Euro zur Verfügung. Damit wurde erstmals die finanzielle Möglichkeit geschaffen, Schallschutzmaßnahmen auch entlang vorhandener Schienenwege umzusetzen. Es handelt sich im Wesentlichen um eine Kombination von so genannten aktiven und passiven Schallschutzmaßnahmen. Unter den aktiven Maßnahmen sind an vorderster Stelle die Schallschutzwände entlang der Stre-

cke zu nennen. Passive Maßnahmen sind schalltechnische Verbesserungen an Gebäuden, wie beispielsweise der Einbau von Schallschutzfenstern in Verbindung mit schallgedämpften Lüftern oder die Dämmung von Außenwänden und Dächern. Bei diesem Programm handelt es sich um eine freiwillige Leistung des Bundes, auf die kein Rechtsanspruch besteht. Bundesweit sind aktuell in über 370 Ortslagen Lärmsanierungsmaßnahmen in Planung bzw. in Bau. Seit August 2002 liegt die zweite Fortschreibung mit jetzt insgesamt mehr

als 900 Ortsdurchfahrten vor. Mit der Realisierung ist bundesweit die DB ProjektBau GmbH beauftragt. In der Dringlichkeitsliste des bundesweit laufenden Programms befinden sich insgesamt 160 Ortsdurchfahrten in den Ländern Niedersachsen und Bremen. Bei 11 Ortsdurchfahrten wurden die Arbeiten bereits abgeschlossen, hierzu zählen Schallschutzwände in Bremen-Neustadt, Hannover, Kirchhorsten und entlang der Güterumgehungsbahn Hannover. Die Gesamtlänge der bis Ende 2003 fertig gestellten Schallschutzwände be-

trägt 10,5 Kilometer, weitere acht Kilometer sollen bis Ende 2004 hinzukommen. Aktuell werden in insgesamt 17 Ortsdurchfahrten Maßnahmen der Lärmsanierung umgesetzt, weitere 20 Ortsdurchfahrten befinden sich derzeit in Planung. Die Schwerpunkte liegen dabei an den Strecken Bremen-Hannover und Hannover-Göttingen. In Bremen und Niedersachsen wurden bis Ende 2003 insgesamt Bundesmittel in Höhe von 16,9 Millionen Euro investiert, für 2004 stehen 9,7 Millionen Euro zur Verfügung.

Folgende Streckenabschnitte aus dem Landkreis Harburg sind in der Dringlichkeitsliste „Lärmsanierung an bestehenden Eisenbahnstrecken“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Stand: 12. August 2002) enthalten:

Ortsdurchfahrt	Strecke Nr.	Streckenabschnitt	von km	bis km	Länge km	Aufnahme in die Liste
Buchholz	1280	Buchholz – HH-Allermöhe	0,0	1,2	1,2	Aug. 2002
Buchholz	2200 u.a.	Bremen - Hamburg	321,0	326,1	5,1	Aug. 2002
Jesteburg	1280	Maschen - Buchholz	4,7	6,6	1,9	Juni 2001
Stelle	1280 (1281)	Buchholz – HH-Allermöhe	19,5	20,0	0,5	Aug. 2002

Mittlerweile wurde nach Auskunft der DB zusätzlich der folgende Streckenabschnitt in die Dringlichkeitsliste aufgenommen [Parallel dazu verläuft die Strecke 1580, die bei der Umsetzung der Lärmsanierungsmaßnahmen berücksichtigt wird.] :

Stelle	1720	Lüneburg - Hamburg	157,8	161,0	3,2	
--------	------	--------------------	-------	-------	-----	--

Monika Griefahns Sommertour 2004 steht bevor

Vom 16. bis zum 29. August ist Monika Griefahn wieder im ganzen Wahlkreis unterwegs / Monika Griefahns Sommerfest am 21. August

Auch in diesem Jahr ist Monika Griefahn wieder auf Sommertour im ganzen Wahlkreis in den Landkreisen Harburg und Soltau-Fallingb. unterwegs. Auf dem Programm werden wieder Radtouren, Besuche von Museen und Sehenswürdigkeiten, Gespräche mit Vereinen und Verbänden und etliche Grillfeste stehen. An dem Programm wird derzeit noch gearbeitet. Wie jedes Jahr feiert Monika Griefahn wieder ein großes Sommerfest, dieses Mal am 21. August ab 18:00 Uhr bei Monika Griefahn privat. Alle Nachbarn, Arbeitskollegen, Freunde und Bekannte, Genossinnen und Genossen sind schon jetzt herzlich zur Sommertour und zum Sommerfest eingeladen!

Für Monika Griefahns Sommerfest am 21. August wird um Anmeldung bis zum 14. August 2004 gebeten:

Anmeldung für den Landkreis Harburg bei Matthias Westermann:
Monika Griefahn MdB,
Bürgerbüro Lkr. Harburg,
Brauhofstr. 1, 21423 Winsen,
Tel.: 04171 / 780171, Fax: 04171 / 780172, E-mail: monika.griefahn@wk.bundestag.de

Anmeldung für den Landkreis Soltau-Fallingb. bei Gunda Ströbele:
Monika Griefahn MdB,
Büro Lkr. Soltau-Fallingb.,
Uppen Drohm 19, 29643 Neuenkirchen,
Tel: (05195) 5050, Fax: (05195) 5052, Email: sfa@monika-griefahn.de



Ausbildungspakt dank Ausbildungsumlage

Chancen auf Ausbildung und Beschäftigung für die Jugend

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik konnte mit der Wirtschaft ein verbindlicher Ausbildungspakt geschlossen werden. Bundesregierung und Wirtschaftsverbände haben am 16. Juni 2004 den "Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland" unterzeichnet. Dieser Pakt wurde nur möglich, weil die SPD-Bundestagsfraktion mit großer Entschlossenheit die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage betrieben hat. Mit dem Pakt verpflichten sich die Partner gemeinsam und verbindlich, in enger Zusammenarbeit mit den Ländern allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen

Menschen ein Angebot auf Ausbildung zu unterbreiten. Auch Jugendliche mit eingeschränkten Vermittlungschancen sollen Perspektiven für den Einstieg in die berufliche Ausbildung und das Berufsleben erhalten. Der Pakt verpflichtet die Partner unter anderem zu folgenden Maßnahmen:

- Die Wirtschaft setzt sich ab 2004 das verbindliche Ziel, während der dreijährigen Dauer des Paktes im Jahresdurchschnitt 30.000 neue Ausbildungsplätze einzulassen.
- Die Wirtschaft wird zusätzlich ab dem Jahr 2004 jährlich insgesamt 25.000 Plätze für betrieblich durchge-

führte Einstiegsqualifikationen bereitstellen. Die Betriebe tragen dabei die Sach- und Personalkosten der Ausbildung. Die Bundesagentur für Arbeit zahlt einen Zuschuss zum Unterhalt der Jugendlichen.

- Die Bundesregierung wird die Zahl der Ausbildungsplätze in der Bundesverwaltung im Jahre 2004 um rund 20 % erhöhen.
- Die Bundesagentur für Arbeit setzt ihre ausbildungsfördernden Maßnahmen mindestens auf gleicher Höhe wie im Jahre 2003 fort.
- Der Bund stellt sicher, dass das Bund-Länder-Ausbildungspro-

gramm Ost im Jahr 2004 mit 14.000 Plätzen fortgeführt wird.

- Zur Verbesserung des Vermittlungsprozesses wird die Bundesagentur für Arbeit frühzeitig sowohl mit den Jugendlichen als auch mit den Betrieben Kontakt aufnehmen.
- Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) werden zusätzliche 800 Ausbildungsplatzwerber einsetzen, mit dem Ziel die betrieblichen Ausbildungspotentiale auszuschöpfen.

Mit der Unterzeichnung des Paktes haben wir ein langjähriges sozialdemokratisches Projekt ver-

bindlich für die Wirtschaft umgesetzt und für die jungen Menschen damit die beste Lösung

erreicht. Wir haben immer gesagt, dass freiwillige Lösungen Vorrang vor einem Gesetz haben. Mit

dem Pakt haben wir den Grundstein für eine bessere Zukunft der Jugendlichen gelegt.

Monika Griefahn fordert mehr Ausbildungsplätze

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Monika Griefahn fordert weitere Anstrengungen von Industrie, Handel und Handwerk zur Schaffung von neuen und zusätzlichen Lehrstellen.

Monika Griefahn: „Wir können nicht zusehen, dass Jugendliche ohne Ausbildungsplatz und Perspektive bleiben und keinen Einstieg ins Berufsleben finden. In wenigen Jahren werden uns die Fachkräfte fehlen, die heute nicht ausgebildet werden. Ich würde es begrüßen, wenn eine Ausbildungsplatzumlage

nicht notwendig werden würde. Leider kommen die Unternehmen in ihrer Gesamtheit jedoch nicht ihrer Ausbildungsverpflichtung nach. Dies gilt insbesondere auch für die Industrie und die Großunternehmen. Nur rund 23 % der Betriebe bilden überhaupt noch aus. Die Zusagen und freiwilligen Selbstverpflichtungen einiger Spitzenverbände haben in der Vergangenheit leider nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Die Bundesregierung wird deshalb handeln müssen, wenn nicht bald eine Verbesserung

der Ausbildungssituation eintritt.

Alle Beteiligten sind gefordert, den jungen Menschen eine betriebliche Ausbildung zu ermöglichen. Das Duale System, in vielen Punkten weltweit immer noch vorbildlich, muss allen Schulabgängern, die dies wünschen, eine qualifizierte berufliche Bildung bieten. Denn schon in wenigen Jahren werden wir in Deutschland einen ausgeprägten Fachkräftemangel haben, was angesichts der hohen Arbeitslosigkeit heute noch nicht

zur Kenntnis genommen wird.

In diesem Zusammenhang begrüße ich die besonders engagierte Arbeit der IHK Wolfsburg-Lüneburg, die mit persönlichem Engagement vielen jungen Menschen zu einem Ausbildungsplatz verholfen hat. Zur Nachahmung empfohlen sind auch die Tarifverträge mit brancheneigenen Ausbildungsplatzumlagen, die zwischen der IG BCE und der IG Bau und den entsprechenden Wirtschaftsverbänden abgeschlossen worden sind.“

Daten und Fakten zur Ausbildungssituation (1)

Die Lehrstellensituation hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter verschlechtert und droht auch 2004 prekär zu werden. Dies belegen die folgenden Fakten: Die Zahl der neu besetzten betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungsplätze war im Jahr 2003 bundesweit so niedrig wie seit mindestens 1992 nicht mehr (2003: 560.086, 1999: 631.015, 1995: 572.774 und 1992: 595.215, vgl. Anlage, Zeile 2). Dabei hat in dieser Zeit der Anteil der außerbetrieblichen Ausbildung noch zugenommen, der Anteil der betrieblichen Bildung noch abgenommen. Seit dem Jahr 2000 hat sich die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze in Ausbildungsberufen bundesweit von 564.379 auf 499.717 im Jahr 2003 reduziert. Dies entspricht einer Verringerung um rund 11,5% in nur vier Jahren. Der Anteil der betrieblichen Ausbil-

dungsplätze an der Gesamtzahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge sank in diesem Zeitraum von 90,8% auf 89,2%, dementsprechend stieg der Anteil der staatlich finanzierten Plätze von 9,2% im Jahr 2000 auf 10,8% im Jahr 2003. Von den zum 30.09.2003 abgeschlossenen 560.086 Ausbildungsverträgen entfielen 60.369 auf öffentlich finanzierte Programme. Nur noch 499.717 Ausbildungsplätze wurden seitens der Wirtschaft bis zu diesem Zeitpunkt besetzt. Der Rückgang der gesamten Zahl der Ausbildungsverträge ist somit nahezu ausschließlich auf die geringe Zahl der betrieblichen Ausbildungsverträge zurückzuführen. Der Anteil der Absolventen aus allgemein bildenden Schulen, die eine Lehre absolvieren, war 2003 so niedrig wie kaum je zuvor (2003: 60,0 %, 1999: 68,8 %, 1995: 66,3 % und 1992:

77,0 %, vgl. Anlage, Zeile 2). Am schlimmsten wiegt der Umstand, dass einer großen Zahl von Jugendlichen keine Lehrstelle angeboten werden konnte, obwohl sie eine suchten. Selbst wenn man nur die Differenz zwischen den noch offenen Plätzen und den noch Lehrstellen Suchenden betrachtet, geht die Schere immer weiter auseinander und besteht ein krasses Unterangebot an Lehrstellen (2003: -66.878 Lehrstellen zu wenig, 1999: -36.098 Lehrstellen zu wenig, 1995: + 23.109 Lehrstellenmehrangebot und 1992: + 104.790, vgl. Anlage, Zeile 14). Diese Zahlen beinhalten die Bewerber, die bis zum Ende des Geschäftsjahres nicht vermittelt werden konnten, und die Bewerber, die eine Alternative zu einer Lehre beginnen, aber weiter vermittelt werden wollen. Diese Betrachtung berücksichtigt noch nicht, dass Lehrstel-

len mit sehr unterschiedlicher regionaler Verteilung und auch nicht in den „Wunschberufen“ angeboten werden. Selbst wenn alle bestehenden Lehrstellen besetzt würden, blieben 2003 bundesweit mindestens 66.878 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. In Wirklichkeit sind es weit mehr. Das ist dramatisch. Auch die jüngsten Zahlen der Ausbildungsvermittlungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) zum 31.1.2004 bestätigen den rückläufigen Trend bei den gemeldeten Ausbildungsplätzen: Bundesweit ging die Anzahl der Ausbildungsplätze von 336.797 (Januar 2003) um 22.729 oder 6,7% auf 314.068 zurück. Bei den gemeldeten Ausbildungssuchenden ist bundesweit weiter eine Zunahme zu verzeichnen; im Vergleich zum Januar 2003 sind dies 20.228 oder 4,7% Ausbildungssuchende mehr, nämlich

448.375. Die öffentliche Hand reagiert neben ihrer Verpflichtung zur Finanzierung der Berufsschulen zunehmend mit Ausgabesteigerungen zur Schaffung zusätzlicher

Ausbildungsplätze. Im vergangenen Jahr wurde jeder neunte der 560.086 von den Unternehmen neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen voll aus öffentlichen Mit-

teeln bezahlt. Bei den Ausgaben zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze (1997: 608 Mio. Euro / 2003: 733 Mio. Euro) handelt es sich zu einem beträchtlichen Teil um

Ausbildungskosten, die der Staat den Ausbildungsbetrieben teilweise erstattet.

Daten und Fakten zur Ausbildungssituation (2)

Im Zusammenhang mit dem Thema „Ausbildungsfähigkeit“ Jugendlicher ist darauf hinzuweisen, dass die Bundesregierung ihrer Verantwortung nachkommt und erhebliche Summen in die Berufsvorbereitung und Qualifizierung investiert. Einen starken Anstieg erlebte die individuelle Förderung der beruflichen Ausbildung durch die Bundesagentur für Arbeit, zum Beispiel im Rahmen der Förderung benachteiligter Zielgruppen, die von rund 1,3 Milliarden Euro im Jahre 1998 auf über 2,2 Milliarden Euro im Jahre 2003 anwuchs. Mittlerweile bilden von den fast 2,1 Millionen Betrieben nur noch rund 23 % aus. Die Ausbildungsquote (bundesweites Verhältnis der Auszubildenden zur Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) liegt bei den kleineren Unter-

nehmen (vor allem Handwerksbetriebe) mit 8 % deutlich besser als bei Großunternehmen. Die Zahl der unversorgten Schulabgänger steigt von Jahr zu Jahr. Am 30.9.2003 ist die Zahl der noch nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerber gegenüber dem Stichtag im Jahr 2002 um 11.632 oder 49,7% auf 35.015 gestiegen. Besonders aufschlussreich ist ein Blick auf die Entwicklung der Lücke, das heißt die Differenz zwischen der Zahl der noch offenen Plätze und der Zahl der noch nicht vermittelten Bewerber. War dieses Verhältnis im Jahre 2001 mit +4.073 noch positiv, so entstand 2002 eine Lücke von 5.378 und 2003 sogar von 20.175 (vgl. Anlage, Zeile 13). Zu den am 30.9.2003 bei den Arbeitsämtern gemeldeten 35.015 unversorgten Bewerbern kommen noch

diejenigen hinzu, die sich in so genannten Warteschleifen befinden, aber nicht in der BA-Statistik geführt werden. Dabei handelt es sich um Jugendliche, die sich wegen erfolgloser Lehrstellensuche eher unfreiwillig in Alternativen (z.B. Berufsvorbereitungsjahr) befinden und versuchen, ihrer Situation positive Seiten abzugewinnen. Ein großer Teil möchte aber weiterhin so schnell wie möglich in eine Lehre und hält auch offiziell seinen Vermittlungswunsch aufrecht. Ihre Zahl ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen, 2003 waren es bundesweit 46.700 Bewerber. Inzwischen gibt es nach der Statistik der BA etwa eine halbe Million Menschen ohne Arbeit, die jünger als 25 sind, und von denen hat wiederum rund die Hälfte keine Berufsausbildung. Die Jugendlichen ohne

Ausbildungsplatz von heute sind die Langzeitarbeitslosen von morgen! Aufgrund der demographischen Entwicklung werden im Vergleich des Jahres 2001 zum Jahr 2015 in Deutschland mehr als eine Million Fachkräfte fehlen. All dies macht deutlich, dass das in Deutschland zur Verfügung stehende künftige Fachkräftepotenzial seitens der Arbeitgeber nicht ausgeschöpft wird. Diese Entwicklung gefährdet die künftige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen.

Dieser Text und die zitierte Anlage sind als Pressemitteilung Nr. 23/2004 abzurufen unter: www.monika-griefahn.de

Politik im Internet: Aktuelle Link-Tipps

Wenn Sie auf die Links klicken, werden die Internetseiten bei bestehender Internetverbindung direkt in Ihrem Browser geöffnet!

Internetadresse	Erläuterung
www.monika-griefahn.de	Internetseite von Monika Griefahn MdB, Tipp: In der Rubrik „Service“ finden sich unter „Linkliste“ rund 1.000 Links, darunter auch 500 Links von Anbietern aus den Landkreisen Harburg und Soltau-Fallingbostal
www.spd.de	Internetangebot der Bundes-SPD
www.spd-niedersachsen.de	Internetangebot der Landes-SPD
www.spdfraktion.de	Internetangebot der SPD-Bundestagsfraktion mit den aktuellen Topthemen Zeit für Innovationen, Ausbildungsumlage, Bekämpfung der Schwarzarbeit, Jugendliche vor Alcopops schützen, EU-Erweiterung und Agenda 2010
www.bundesregierung.de	Die Bundesregierung im Internet
www.spd-lkharburg.de	Internetangebot des SPD-Unterbezirks Landkreis Harburg
www.spd-soltau-fallingbostal.de	Internetangebot des SPD-Unterbezirks Soltau-Fallingbostal

Aktuelle Termine

Datum	Zeit	Thema	Ort
25.6.	19:00	„Arbeitskreis Kreisentwicklung“ des SPD UB Lkr. Harburg	Hotel Maack, Maschen
5.7.	19:00	„Arbeitskreis Wahlen und moderne Parteiarbeit“ des SPD UB Lkr. Harburg (nur parteiöffentlich)	SPD-Büro Winsen, Brauhofstraße 1
6.7.	19:00	Verleihung des „Bürgerpreis Landkreis Harburg 2004“ an verdiente Ehrenamtliche (nur mit Einladung)	Sparkasse Harburg-Buxtehude, Filiale Buchholz
10.8.	6:00 – 23:30	Tagesfahrt nach Berlin für Jugendliche ab 15 Jahren und junge Erwachsene aus dem Lkr. Harburg (nähere Infos Tel.: 04171 / 780171)	Abfahrt ab Tostedt, Buchholz, Maschen, Winsen, Elbmarsch
21.8.	18:00	Monika Griefahns Sommerfest (parteiöffentlich, nur mit Anmeldung)	bei Monika Griefahn privat

Deutscher Bundestag

Mitarbeiter: Dirk Beusch, Renate Mantzke
 Platz der Republik, 11011 Berlin
 Bürogebäude: Paul-Löbe-Haus
 Tel: (030) 227-72425 / 26
 Fax: (030) 227-70125
 Email: monika.griefahn@bundestag.de

Bürgerbüro Lkr. Harburg

Mitarbeiter: Matthias Westermann
 Brauhofstraße 1,
 21423 Winsen/Luhe
 Tel: (04171) 780171
 Fax: (04171) 780172
 Email: monika.griefahn@wk.bundestag.de

Büro Lkr. Soltau-Fallingb. b.

Mitarbeiterin: Gunda Ströbele
 Uppen Drohm 19,
 29643 Neuenkirchen
 Tel: (05195) 5050
 Fax: (05195) 5052
 Email: sfa@monika-griefahn.de